LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/973**

20.09.2022

Antrag

der Fraktion der SPD

Unterstützung jetzt! Wir brauchen eine solide Nachfolge für das 9-€-Ticket: „Ein Ticket für alle – 1 Euro pro Tag!“

I. Ausgangslage

Die Bundesregierung hat mit dem 9-€-Ticket einen wichtigen Impuls zur Fortentwicklung von ÖPNV und SPNV vor dem Hintergrund der dringend erforderlichen Verkehrswende gegeben. Mit einem Aufwand von 2,5 Mrd. € wurde das günstige Mobilitätsangebot vom 1. Juni bis zum 31. August diesen Jahres deutschlandweit gefördert. Das Angebot wurde von den Menschen sehr gut angenommen. Eine Umfrage des Online-Umfrageinstituts Civey ergab jüngst, dass eine Mehrheit der Menschen dieses Angebot annehmen würde.[1]

Das 9-€-Ticket brachte eine spürbare finanzielle Entlastung der Menschen im Bereich der Mobilitätskosten, die mit Blick auf die Kostenexplosion der allgemeinen Lebenshaltungskosten gerne angenommen wurde. Volkswirtschaftlich ist eine Eindämmung der Inflation durch dieses Angebot nachweisbar.

Die Bundesregierung strebt eine Nachfolgelösung ab dem 1. Januar 2023 an. Sie stellt jährlich 1,5 Mrd. Euro zu dessen Finanzierung zur Verfügung und erwartet, dass die Länder zur Realisierung dieser gesamtstaatlichen Aufgabe ihren Beitrag in gleicher Höhe leisten. Auch die Länderverkehrsminister haben sich darin einig erklärt, eine Nachfolgelösung für das 9-€-Ticket bis zum 1. Januar 2023 realisieren zu wollen.

Die Sonderverkehrsministerkonferenz hat am 19. September zur Klärung der Einzelheiten eine Arbeitsgruppe eingesetzt, deren Ergebnisse bis zum 10. Oktober vorliegen sollen.

Darüber hinaus haben die Länder erklärt, dass vor der Finalisierung einer solchen Nachfolgelösung die Erhöhung der bundesseitigen Regionalisierungsmittel für den SPNV erfolgen müsse. Gefordert werden für die Jahre 2022 und 2023 zusätzlich 1,65 Mrd. Euro.

II. Der Landtag stellt fest:

- Das 9-€-Ticket hat gezeigt, dass ein preislich attraktives öffentliches Mobilitätsangebot von den Menschen gut angenommen wird.
- Wir brauchen eine Nachfolgeregelung für das 9-€-Ticket. Es muss

[1] WAZ 19.09.2022: „Nahverkehrsticket für 29 Euro beliebt“.

Datum des Originals: 20.09.2022/Ausgegeben: 20.09.2022

  - bezahlbar für alle Menschen sein
  - durch solide Ausfinanzierung als Angebot nachhaltig sein
  - die arbeitenden Menschen von Kosten für das berufliche Pendeln entlasten
  - die Verkehrswende befördern
  - den Tarif-Dschungel lichten und
  - Bürokratie abbauen helfen.

- Die Realisierung eines solchen Tickets ist eine Herkulesaufgabe. Es braucht dazu das gesamtstaatliche Handeln aller politischen Ebenen sowie von Wirtschaft und Zivilgesellschaft, um eine bundesweit stabile und attraktive Lösung für alle Menschen zu realisieren.
- Das bundesweite Ticket soll zum 1. Januar 2023 zur Verfügung stehen.
- Zielgruppe dieses Angebotes sind alle Bevölkerungsgruppen, die regelmäßig ÖPNV und SPNV nutzen. Das Angebot richtet sich somit vor allem an Berufspendler*innen, aber auch Auszubildende und Senior*innen.
- Die Kund*innen von ÖPNV und SPNV zahlen für ein Monatsticket 30 €. Die Tickets können monatlich, quartalsweise oder jährlich erworben werden.
- Bund und Länder schaffen gemeinsam eine auskömmliche und stabile Finanzierungsgrundlage für ein solches Ticket. Je nach Leistungsfähigkeit (z.B. Steuerkraft und Einwohnerzahl: „Königsteiner Schlüssel“) müssen die Länder jeweils ihren Beitrag zur bundesseitigen Finanzierung beisteuern.
- Ein zu bildender Finanzierungspool soll die nachhaltige Finanzierung des Angebotes sichern. Die Mittel dienen ausschließlich dem Ausgleich der entstehenden Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen.
- Die Wirtschaft muss mittelfristig zur Mitfinanzierung dieses Pools verpflichtet werden. Stichwort: Dritt-Nutzer-Finanzierung.
- Den Menschen wird ein nachhaltiges preisgünstiges Angebot gemacht. Es entlastet in Zeiten allgemeiner Preisexplosion, insbesondere Berufspendler*innen. Es führt zur Lichtung des Dschungels aus Sondertickets. Es führt zum Abbau von Bürokratie. Es macht den ÖPNV/SPNV zu einer attraktiven Alternative im Rahmen der erforderlichen Verkehrswende und sorgt für einen niedrigschwelligeren Zugang zum ÖPNV/SPNV.
- Die nachhaltige Stärkung von ÖPNV und SPNV setzt weiterhin voraus, dass die Verkehrsunternehmen auskömmlich ausfinanziert werden. Hierbei muss insbesondere die seit Jahren bemängelte Unterfinanzierung im Bereich der Betriebsleistungen zeitnah abgestellt werden.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Anstrengungen der Bundesregierung für eine attraktive Nachfolge des 9-€-Tickets in Deutschland im Rahmen einer gesamtstaatlichen Anstrengung konstruktiv aufzunehmen und auf eine gemeinsame Lösung zum 1. Januar 2023 hinzuwirken
- darauf hinzuwirken, dass der Preis von 30 € für ein Monatsticket in Nordrhein-Westfalen nicht überschritten wird und ggfs. eine eigene Co-Finanzierung zu dessen Realisierung aufzulegen.
- vorhandene Förderungen für das Azubi-Ticket in NRW zur Finanzierung entsprechend umzuschichten
- die Finanzierung des ÖPNV und SPNV in NRW grundsätzlich auf eine stabile Basis zu stellen und insbesondere bei den Betriebskosten die strukturelle Unterfinanzierung zu beenden

- dabei die Forderung nach Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den SPNV weiter aufrecht zu erhalten, aber das Projekt „Nachfolgelösung 9-€-Ticket“ daran nicht scheitern zu lassen
- im Rahmen dieser Anstrengungen in enger Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen und den Kommunen zu gemeinschaftlich akzeptablen Detaillösungen zu kommen
- Gespräche mit der Wirtschaft bezüglich des Einstiegs in eine landesweite Dritt-Nutzer-Finanzierung einzutreten.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Alexander Vogt
Gordan Dudas

und Fraktion